

Vergleich der Positionen der Kandidaten

Benôit Hamon und Manuel Valls

(23. Januar 2017)

Benôit Hamon (* 1967), war von April bis August 2014 Erziehungsminister im Kabinett Valls. Er verlor seinen Kabinettsposten, nachdem er sich öffentlicher Kritik am Kurs des Präsidenten angeschlossen hatte.

Manuel Valls (* 1962), war von Mai 2012 bis März 2014 Innenminister im Kabinett Ayrault, im April 2014 wurde er von Präsident Hollande zum Premierminister ernannt. Anfang Dezember 2016 kündigte er seine Bewerbung um die sozialistische Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl an und trat als Premierminister zurück.

Benôit Hamon	Manuel Valls
Europa	
Beide Kandidaten sind für einen einheitlichen Mindestlohn in Europa, um Sozialdumping zu verhindern.	
<ul style="list-style-type: none"> Rekonstruktion Europas durch progressive Energiepolitik, Frankreich als Pionier Steuerangleichungen in Europa / Schuldenerlass für am höchsten verschuldete EU-Staaten Europäischer Fiskalpakt: Keine Berücksichtigung der Verteidigungsausgaben bei Berechnung des Haushaltsdefizits, Haushaltsdefizit unter 3% kein Ziel Zahlungsaufschub und Reformation des Stabilitätspakts und TSCG 	<ul style="list-style-type: none"> Rekonstruktion: Krisensicheres Europa schaffen Finanzierung: Investitionsplan für Energiewandel und digitale Revolution. Krisensichere Finanzpolitik, Unabhängigkeit der EZB Ziel eines Haushaltsdefizits unter 3% wird beibehalten, ein ausgeglichener Staatshaushalt wird vorerst nicht angestrebt.
Flüchtlingspolitik	
<ul style="list-style-type: none"> Durchreisevisa für Flüchtlinge, Beseitigung von Integrationshürden, Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge nach drei Monaten, Verbesserung des Zugangs zur französischen Sprache, Modifizierung des Asylrechts (Dubliner Übereinkommen) 	<ul style="list-style-type: none"> Harmonisierung des Asylrechts in der EU und Einrichtung einer europäischen Agentur für Asyl, bereit zu einer kontrollierten Aufnahme von Flüchtlingen, wenn sich alle EU-Mitglieder beteiligen.
Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik	
<ul style="list-style-type: none"> Rücknahme der Reform des Arbeitsrechts und Neuverhandlungen Grundlohn für alle zur Existenzsicherung i.H. v. 750 € Ausweitung der Sozialwirtschaft: 2025 20% Anteil am BIP (derzeit 10%) 35- Stunden Woche und eine Anpassung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Rücknahme der Reform des Arbeitsrechts Keine Versteuerung von Überstunden Ablehnung des Grundlohns für alle, stattdessen Basiseinkommen für Bedürftige Rentenreform: Neuverhandlungen der Rentenreform, Einführung einer Mindestrente. Aufwertung von kleinen Renten und Renten in der Landwirtschaft um 10%. Vergabe eines Teils der öffentlichen Aufträge an kleine und mittelständische Unternehmen
Finanz- und Steuerpolitik	
<ul style="list-style-type: none"> Progressive Gestaltung der Einheitssteuer CSG zur Entlastung von Geringverdienern Zusammenlegung von Vermögens-, Erbschafts- und Grundsteuer (progressive Gestaltung und Vereinfachung des Systems) Einführung einer Steuer auf Roboter, wenn sie eine Person in einem Unternehmen ersetzen. 	<ul style="list-style-type: none"> Steuersenkung für Geringverdiener, Anpassung der Steuersätze für Unternehmen Jährliche Steigerung der öffentlichen Ausgaben um 2,5%, gleichzeitig Fortführung der Senkung von Steuern und Abgaben
Energieversorgung und Umwelt	
Beide Kandidaten möchten erneuerbare Energien und die energetische Sanierung von Gebäuden fördern.	
<ul style="list-style-type: none"> Anteil der erneuerbaren Energien soll bis 2025 auf 50% steigen. Progressiver Ausstieg aus der Atomenergie, Schließung von Risikoreaktoren Steuerliche Begünstigung für Dieselmotoren beenden 	<ul style="list-style-type: none"> Nuklearsektor stärken, indem man Laufzeiten von AKWs gemäß eines klaren wirtschaftlichen Kalküls beendet oder verlängert. Benzin und Diesel sollen steuerlich gleich behandelt werden.
Besondere Vorschläge	
<ul style="list-style-type: none"> Konsum von Cannabis legalisieren, Staat soll den Vertrieb übernehmen um illegale Vertriebsstrukturen auszutrocknen. 	<ul style="list-style-type: none"> Junge Menschen sollen einen sechsmonatigen Pflichtdienst für die Nation leisten

